

## **Urteilsverkündung durch die Jury der 4. Runde des RWE-Tribunals**

Die heutige Tagung des Tribunals bestätigt im Wesentlichen die Urteile der drei vorangegangenen Tribunale in Lützerath, Essen und Düsseldorf

### **1. RWE ist schuldig, Tausende von Todesfällen verursacht zu haben (statistisch: 1.880 im Jahr 2016) (Zeuge Dr. Christian Döring)**

Begründung:

- Bei der Kohleverbrennung entstehen u.a. Ultra-Feinstäube, welche toxische, krebserregende Polyaromatisierte Kohlenwasserstoffe (PAK) anziehen und bis ins Blut von ungeborenen Kindern eindringen, sich dort anlagern und dauerhafte Schädigungen verursachen. Trotz dieser nachgewiesenen und RWE und Landesregierung seit vielen Jahren bekannten Gefahr vor allem für Kinder existieren bisher keine offiziellen Gefahrenwerte oder Grenzwerte für Ultra Feinstäube.
- RWE ist für ca. 25% der Treibhausgase Deutschlands verantwortlich und ist der größte CO2 Emittent in Europa. 88% der durch den Klimawandel ausgelösten Krankheitsbelastungen treffen Kinder unter 6 Jahren, vor allem Kinder in armen Verhältnissen (Bericht in Lancet).

### **2. RWE hat die für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen notwendige Energiewende wider besseres Wissen massiv und systematisch behindert (Zeugen Hans-Josef Fell, Gunnar Harms, Prof. Dr. Nikolaus Froitzheim)**

Begründung:

- 60-70% aller Treibhausgase werden durch das Verbrennen fossiler Energie verursacht und könnten durch Erneuerbare Energien vermieden werden.
- Obwohl RWE spätestens seit 1990 (Enquete Kommission) <https://dserver.bundestag.de/btd/11/080/1108030.pdf> von den Gefahren der Klimakrise wusste, war RWE durch intensiven Lobbyismus maßgeblich daran beteiligt, die ursprünglich exponentiell ansteigenden Solarkapazitäten 2012 massiv zu kappen, um ihre eigenen fossilen Interessen durchzusetzen. Das geschah ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben von Menschen.
- Wie von der Wissenschaft prognostiziert haben wir schon heute eine globale Erhitzung von 1,2 Grad. Die bereits daraus resultierenden chaotischen Extremwetter-Ereignisse erleben wir aber wesentlich gravierender als erwartet: Hitze, Feuer, Dürren, Starkregen, Stürme. Die schlimmsten Folgen dieser Ereignisse treffen dabei heute vor allem die Menschen im globalen Süden.
- Es ist fraglich, ob unsere Menschheit 1,5 Grad aushalten kann.
- Und jedes Zehntel Grad macht einen gravierenden Unterschied.
- Wir sind mit der heutigen Politik im Moment auf einem Pfad von 2,7 Grad bis 2100, und zwar ohne Berücksichtigung von Kippelementen.

- Laut Sachverständigenrat der Bundesregierung hat Deutschland ein Restbudget von 2 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>, um die Pariser Klimaziele einzuhalten. Dieses CO<sub>2</sub>-Restbudget wird in Deutschlands Ende bis 2024 aufgebraucht sein. Die jetzigen Ziele der Ampelregierung gehen jedoch vom dreifachen Budget aus, und selbst diese Ziele werden nicht erreicht werden.
- Trotzdem hat RWE bei der Politik eine Genehmigung durchgesetzt, bis 2030 oder noch länger weiter Braunkohle fördern und verbrennen zu dürfen.
- Durch systematisches intensives Lobbying setzt RWE die eigenen Interessen durch zu Lasten Dritter und untergräbt so die Demokratie.
- RWE lobbyiert erneut auf vielfältigen Wegen für Scheinlösungen (blauer Wasserstoff, CCS, LNG) und arbeitet mit psychologisch taktischen Formulierungen und Unwahrheiten gegen eine dezentrale, von den Bürger:innen kontrollierte Energieerzeugung.

Aus den Punkten 1 und 2 folgt:

### **3. Die zuständige Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, die zweite Strafanzeige gegen RWE Power zu bearbeiten (Zeuge Dr. Heinrich Comes)**

Begründung:

- Die Ablehnung der ersten Strafanzeige (2018) durch die Staatsanwaltschaft erfolgte mit einer lapidaren und völlig unzutreffenden Begründung (Sachbeschädigung und vorhandene Genehmigungen).
  - Es geht nicht um Sachbeschädigung, sondern um Todesfälle.
  - Eine Behörde kann nicht den Ausstoß von Emissionen genehmigen, welche massive gesundheitliche Schäden bis hin zum Tod verursachen. Wie kann eine Tötung jemals genehmigt werden?
- Der Bundesverfassungsgerichtsbeschluss vom 24.3.2021 verpflichtet die Staatsanwaltschaft, die Strafanzeige zu verfolgen.
  - Der Schutz vor den Folgen des dem menschengemachten Klimawandels ist Aufgabe des Staates.
  - Die Freiheitsrechte zukünftiger Generationen sind durchsetzbare Rechte.
  - Neue Erkenntnisse und aktuelle, durch die Erderhitzung verursachte Extremwetter-Ereignisse, unterstreichen die Dringlichkeit, schnellstens zu handeln.

### **4. Darüber hinaus ist RWE schuldig, die Trinkwasserversorgung zu gefährden (Zeuge Jörg Obergefell)**

Begründung:

- Die massive Grundwasserabsenkung für die Braunkohle-Tagebaue bewirkt bereits heute eine Verknappung und Qualitätsverschlechterung des Grundwassers im Rheinischen Braunkohlerevier und darüber hinaus.
- Trotzdem beantragt RWE eine Verlängerung der Sümpfungsgenehmigungen (Abpumpen) von 2024 bis 2030.

- Mit der von RWE geplanten Flutung der Tagebau-Restlöcher sind weitere schwerwiegende Schädigungen des Grundwassers durch gelöste Schwermetalle zu erwarten.
- Die damit verbundene geplante Wasserentnahme aus dem Rhein wird die schon jetzt zu beobachtende Wasserknappheit verstärken und zu Verteilungsproblemen oder sogar zu Verteilungskämpfen führen.

**5. RWE ist schuldig, in Lützerath die Medienberichterstattung massiv eingeschränkt zu haben, um die eigenen Interessen gegen die der breiten Bevölkerung durchzusetzen (Zeugen Jörg Reichel, Carmen Eckhardt, Raphael Thelen, Christiane Niesel)**

Begründung:

- Bei der Räumung in Lützerath wurde unter Leitung von RWE die journalistische Tätigkeit und damit die Pressefreiheit massiv eingeschränkt durch Zusammenwirken von RWE und Polizei.
- Die von RWE geforderte und durch die Polizei durchgeführte grundgesetzwidrige Akkreditierung (mit Verhaltenskodex und Haftungsausschluss etc.) verstößt gegen das Pressegesetz.
- Es gibt 15 dokumentierte Angriffe und Übergriffe der Polizei und RWE Security auf Journalist:innen im Rahmen der Räumung von Lützerath
- Durch gezielte Falschmeldungen seitens RWE an die Presse wurde gewaltfreier ziviler Ungehorsam von RWE kriminalisiert.

**6. RWE ist schuldig, unsere Lebensgrundlagen wesentlich zu zerstören. Dazu verbreiten sie bei Landes- und Bundesregierung wissenschaftsfeindliche Gutachten. (Zeuge: Alfred Weinberg)**

Begründung:

- Die Landesregierung hat sich vorwiegend auf von RWE beauftragte Gutachten gestützt, um die Zerstörung von Lützerath zu rechtfertigen.

**7. RWE hat systematischen Druck auf bleibewillige Umsiedler ausgeübt (Zeuge Eckardt Heukamp).**

Begründung:

- RWE setzte systematischen Psychoterror gegen Dorfbewohner ein, die nicht umsiedeln wollten und drohte ihnen mit Enteignung, um sie mürbe zu machen.
- Gleichzeitig werden ihnen von RWE völlig inakzeptable Angebote gemacht, z.B. werden Bauern, die hier fruchtbarstes Ackerland besitzen, weit entfernte, in anderen Bundesländern liegende Höfe mit wesentlich schlechteren Böden als Ersatz angeboten.

## **8. Die dokumentierte enge Verflechtung zwischen dem RWE-Konzern und der lokalen und landesweiten Politik hat zusätzliches Leid verursacht:**

Die Polizei, die Aachener Staatsanwältin, Ministerpräsident Laschet und Innenminister Reul haben die Eltern des bei der illegalen Räumung im Hambacher Wald tödlich verunglückten Steffen Meyn gedemütigt (Zeugin Mutter Elisabeth Meyn)

Begründung:

- Die Eltern wurden zu spät vom Tod ihres Sohnes informiert
- Ihr Sohn wurde gegen ihren ausdrücklichen Willen obduziert, sie durften ihn erst nach drei Tagen sehen
- Daten auf seiner Kamera wurden teilweise gelöscht und ihnen erst nach 6 Monaten ausgehändigt
- Der Tod ihres Sohnes wurde von Innenminister Reul zur Kriminalisierung der Klimaschutzbewegung instrumentalisiert